

Niederschrift

über die am **Mittwoch, dem 18. April 2018** im Gemeindeamt Parndorf abgehaltene **öffentliche Sitzung des GEMEINDERATES:**

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 22.05 Uhr

Anwesend waren: Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs, LIPA als Vorsitzender
Vizebürgermeister Franz Huszar, LIPA
Gemeindevorstandsmitglied Norbert Samwald, SPÖ
Paul Czerwenka, LIPA
Michael Koss, SPÖ
Michael Boschner, LIPA
Ing. Wolfgang Daniel, LIPA
Gemeinderatsmitglied Mag. Rudolf Ladich, LIPA
Gemeinderatsmitglied Franz Peter Bresich, ÖVP
Ersatzgemeinderatsmitglied Heinz-Peter Neuner, LIPA
Gemeinderatsmitglied Johann Rechberger, SPÖ
Ing. Wolfgang Kment, LIPA
Yakup Atalay, SPÖ
Erwin Lippert, SPÖ
Stefan Vestl, LIPA
Gabriele Arndt, LIPA
Ing. Stefan Pfaller, ÖVP
Wilhelm Laufer, LIPA
Dr. Christa Wendelin, GRÜNE
Michaela Strantz, FPÖ
Christine Henhapl, LIPA
Christian Ortner, LIPA
Gottfried Wallentich, SPÖ

Ersatzgemeinderatsmitglied Dieter Koosz, SPÖ, sowie OAR Otto Lippert als Schriftführer. Eva Nebenmayer, Reinhold Hermann, beide LIPA und Christine Mujzer, SPÖ, sind der Sitzung entschuldigt ferngeblieben. Den Gemeinderatsmitgliedern ist mit der Einladung nachstehende Tagesordnung zugegangen:

Tagesordnung:

- 1.) VORANSCHLAG 2018, Stellungnahme Gemeindeaufsicht
- 2.) Prüfungsausschuss vom 09.04.2018, Bericht
- 3.) LANDEBAHN FLUGHAFEN SCHWECHAT, Bericht
- 4.) BREITSPURBAHN, Verladeterminale, Bericht
- 5.) HAUSGÄRTEN PARZELLIERUNG
- 6.) WINDPARKS, Verträge
 - a) ÖKO WIND Erneuerbare Energieerzeugung GmbH, Neuhof III
 - b) ENERGIE BURGENLAND Windkraft GmbH, Repowering Heidhof
- 7.) B-SÜD Gemeinnützige WohnungsGesmbH, Ankauf Grundstück Nr.1785/588, Kaufvertrag
- 8.) INITIATIVE gegen den Ausbau und Förderung von Atomkraftwerken
- 9.) KOMMUNALES INVESTITIONSPROGRAMM, Förderungsantrag Altstoffsammelstelle „Am Sportplatz“
- 10.) KINDERGARTENPÄDAGOGE/IN, Kindergarten „Schulgasse“, Ausschreibung
- 11.) VOLKSSCHULE PARNDORF-Tagesheim, Besetzung Freizeitpädagogin
- 12.) TYKALSKY Wilhelm, Mietvertrag OSG, Joseph-Haydngasse 1d/1/12
- 13.) Allfälliges

Der vorsitzende Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs begrüßte die erschienenen Gemeindevertreter und eröffnete die Sitzung. Er stellte die ordnungsgemäße elektronische Einberufung der Sitzung am 05. April 2018

und die Beschlussfähigkeit fest. Zu Begläubiger der Niederschrift über diese Sitzung bestimmte er Ing. Wolfgang Kment und Gottfried Wallentich. Die Anträge des Bürgermeisters, in der Tagesordnung den Punkt 10 zu ändern auf „KINDERGARTENPÄDAGOGE/IN, Kindergarten „Schulgasse“, a) HABESOHN Melanie Dienstzeit Karenzvertretung und b) Ausschreibung Karenzvertretung, sowie um „13.) LANG Irene, Alterszeit“ zu ergänzen, wurden einstimmig angenommen. Allfälliges wird danach Tagesordnungspunkt 14. Der Antrag des Bürgermeisters, die neuen Tagesordnungspunkte 10 bis 13 nichtöffentlich zu behandeln, weil hier Personalangelegenheiten behandelt werden, wurde einstimmig angenommen.

Die Protokolle über die öffentliche und die nichtöffentliche Gemeinderatssitzung vom 21.03.2018 wurden zur Kenntnis genommen.

Dann wurde mit der Beratung begonnen.

1.) VORANSCHLAG 2018, Stellungnahme Gemeindeaufsicht (Audio 00:08:30-00:17:30)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs brachte dem Gemeinderat den Bericht der Gemeindeaufsichtsbehörde A2/G.PARND-10007-3-2018 zum Voranschlag 2018 vom 09.03.2018 vollinhaltlich zur Kenntnis. Der Bericht wurde von Gemeinderat einstimmig zur Kenntnis genommen und dem Protokoll als Kopie beigelegt. Dr. Christa Wendelin sah durch diesen Bericht ihre Kritik am Rechnungsabschluss 2017, dass nicht sparsam und nachhaltig gewirtschaftet wird, bestätigt. Der Bürgermeister entgegnete, dass die freie Finanzspitze und der Saldo der laufenden Gebarung nach dem mittelfristigem Finanzplan positive Werte zeigen. Natürlich besteht Einsparungspotential beim Personal und der Verköstigung in den Kindergärten. Durch die Verschiebung von wichtigen Projekten wie zum Beispiel die Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungseinrichtungen oder Qualitätsverbesserungen bei den Abwasserbeseitigungs- und Straßenanlagen wären die Neuverschuldung und negativen Jahresabschlüsse zu verhindern gewesen. Mag. Rudolf Ladich wies darauf hin, dass hier auch die Elternbeiträge weiter erhöht werden könnten, oder bei der bisher für die Ortsbevölkerung kostenlosen Sperrmüllbeseitigung Gebühren eingeführt werden könnten, was das Wirtschaftsergebnis noch verbessern würde. Er verwies dabei auf die Gebühren anderer Gemeinden und die laufenden Aufforderungen der Gemeindeaufsichtsbehörde in diese Richtung. Heinz-Peter Neuner sagte, dass die Darlehensfinanzierung bei aktueller Niedrigzinsensituation richtig gewesen ist. Der Bürgermeister und der Gemeindekassier sagten die Überprüfung des Einsparungspotentials zu.

2.) Prüfungsausschuss vom 09.04.2018 Bericht (Audio 00:17:30-00:29:00)

Johann Rechberger brachte dem Gemeinderat das Protokoll über die Sitzung des Prüfungsausschusses vom 09.04.2018 vollinhaltlich zur Kenntnis. Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs erklärte, dass sein Vorschlag zur getrennten Berechnung der Anliegerbeiträge nach zwei verschiedenen Einheitssätzen auf Grund von verschiedenen Umsetzungszeiträumen für die Haupt- und Nebenslänge einer Bauparzelle nach einer Darstellung der gesetzlichen Voraussetzungen von OAR Otto Lippert rechtlich nicht möglich und daher nicht zu vollziehen ist. Überschreitungen werden im NVA korrigiert oder sind durch den Grundsatzbeschluss des Gemeinderates für den Voranschlag 2018, dass bei Ausgabenansätzen innerhalb der Gruppen 0, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8 zur besseren wirtschaftlichen Verwendung der Mittel die Ersparungen bei einem Ansatz ohne besondere Beschlussfassung zum Ausgleich des Mehrerfordernisses bei einem anderen Ansatz herangezogen werden dürfen, gedeckt. Der Gemeinderat nahm den Bericht einstimmig zur Kenntnis. Das gegenständliche Protokoll ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Berichts und diesem Protokoll als Kopie beigelegt.

3.) LANDEBAHN FLUGHAFEN SCHWECHAT, Bericht (Audio 00:29:00-00:47:00)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtete über die Information durch den Vertreter des „Dialogforums Flughafen Wien“ DI Wolfgang Hesiner und Ing. Franz Jöchlinger vom Flughafen Wien vom 03.04.2018. Die gegenständliche 3. Piste wird 2028 benötigt. Die optimale Flugroute dazu würde diagonal über das Wohngebiet von Parndorf führen. Ein Abweichen in Richtung Norden ist durch einen „gekurvten Anflug“ möglich. Solche Optimierungen der Flugrouten im Sinne der betroffenen Bevölkerung sind grundsätzlich Verhandlungsauftrag, daher wird von den Bewilligungswerbern eine Einstimmigkeit angestrebt. Im Vergleich zu 2008 hat sich die Frequenz laut Aussage des Flughafensprechers um 40.000 Flieger pro Jahr verringert. Der Eindruck, dass die Flieger näher und tiefer bei Parndorf fliegen, kommt davon, dass sie größer

sind als früher und daher als näher erscheinen. Täglich finden in Schwechat aktuell 700 Starts und Landungen statt. In der Zeit von 07.00 bis 21.00 Uhr sind alle Pisten offen, von 21.00 bis 07.00 Uhr nur die Piste 29, wobei von 23.30 bis 05.30 Uhr die Anzahl der Flieger bei dem 2-Pisten-System mit 4.700 limitiert ist. Mit dem 3-Pisten-System wird in diesem Zeitraum diese Anzahl auf 3.500 geändert. Nach einer Reklamation im Zuge dieser Besprechung wurde auch die Gemeinde Parndorf in das Dialogforum aufgenommen.

Dr. Peter Liehl hat informiert, dass die gegenständliche 3. Piste mit UVP-Bescheid vom 28.03.2018 bewilligt wurde und binnen drei Wochen Einspruch gegen Genehmigung eingebracht werden müsste. Der Verein „überSleben“ wird Anwalt Dr. Wolfram Proksch aus 1010 Wien, Nibelungengasse 11/4 mit dem Beitritt zu dem bereits formulierten Einspruch von mehreren Parteien gegen diese Bewilligung beauftragen. Das Honorar dafür beträgt € 4.000,-- für den Verein, wobei noch nicht geklärt ist, ob auf Grund von formalrechtlichen Vorgaben der Verein oder die Gemeinde Parndorf Einspruchswerber sein kann. Eine Kundmachung des Bescheides über Medien wurde im Burgenland versäumt, was die Erlangung der Parteistellung möglich machen könnte. Nach den gleich lautenden Anträgen von Michael Koss, Ing. Wolfgang Daniel, Dr. Christa Wendelin, Ing. Stefan Pfaller und Michaela Strantz beschloss der Gemeinderat einstimmig, die Kosten für die anwaltliche Vertretung in diesem Verfahren entweder für den Verein oder für sich selbst mit € 4.000,-- übernehmen.

4.) BREITSPURBAHN, Verladeterminale, Bericht (Audio 00:47:00-01:28:00)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtete über den Zusammenschluss der Gemeinden in der Region nach der Erstinformation durch den Projektkoordinator bei der ÖBB, DI Heinz Gschnitzer, und dem Verkehrskoordinator des Landes Burgenland, Mag. Peter Zinggl, am 16.03.2018 und die positive Berichterstattung für die Bekämpfung dieses Projektes in der Presse. Es gibt auch bereits klare öffentliche Aussagen von Landeshauptmann Hans Niessl und des Verkehrskoordinators zur Unterstützung des Widerstandes, sowie einen einstimmigen Beschluss der Bezirks-SPÖ gegen das Projekt. Aktuelle Informationen zeigen alle Varianten des Standortes des Terminals mit einem Betriebsansiedlungsgebiet im Bereich der Strick- und Freiäcker südlich der A6 mit der Bahntrasse südlich des Antonibildstockes mit der Querung B10 beim Bruckerberg bis zur Einbindung in die Ostbahn. Betriebsansiedlungsgebiete brauchen auch auf Bahngrund eine entsprechende Flächenwidmung, was alleinige Kompetenz der Gemeinden ist. Die ÖBB hat in ihrer Information alte Projektstände vermittelt. Aus den gleichen aktuellen Informationen geht hervor, dass die ASFINAG Studien für die KFZ-Bewegungen bis 2040 und 2050 auf der A4 und A6 hat. Dort wird von einem täglichen Zuwachs von 4.500 LKW und 3.000 PKW für die Bediensteten, in Summe 7.500 Fahrzeuge täglich mehr, ausgegangen. Bis 2050 sollen es dann täglich 10.000 Fahrzeuge sein. Trotzdem behauptet die ASFINAG, dass mit der jetzt vor dem Bau stehende 3. Fahrbahn dieser Verkehr bewältigt werden kann. Ing. Wolfgang Daniel hält diese Behauptung für fragwürdig und unwahrscheinlich und wies auf das bekannte Feinstaubproblem und die dauernden Verkehrsstaus in der Region hin. Norbert Samwald bekräftigte, dass die SPÖ-Bürgermeister in Region den Widerstand unterstützen werden und NR Erwin Preiner eine parlamentarische Anfrage an den zuständigen Verkehrsminister Norbert Hofer zu diesem Thema stellen wird. Dr. Christa Wendelin berichtet, dass auch die GRÜNEN über den Bundesrat eine parlamentarische Anfrage stellen werden. Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs ersuchte um die Inhalte dieser Anfragen, damit sie in der Festlegung der weiterführenden Strategie mitberücksichtigt werden können. Michael Koss erinnerte, dass die besondere Betrachtung des Gebietes nördlich von Parndorf Dank der Initiative von Ing. Stefan Pfaller im Zusammenhand mit der abgewehrten 110-kV-LKleitung jetzt im Kampf gegen dieses Projekt sehr positiv ist. Seitens der ÖBB sieht er eine äußerst hinterhältige Vorgangsweise bei der Projektentwicklung. Der Bürgermeister berichtete, dass bereits am 23.05.2018 eine vom Landeshauptmann einberufene Besprechung mit den Gemeinden in der Region zur Schaffung eines Natura 2000-Gebietes entlang der Leitha als Erfüllung einer Forderung von EU stattfinden wird. Dieter Koosch schlug vor, auch Arbeitsgruppen aus Gemeindeverbänden und anderen überörtlichen Einrichtungen einbinden. Stefan Vestl regte an, nach der medienwirksamen Verabschiedung des 1. Zuges aus Peking diesen ebenso medienwirksam mit den entsprechenden Protesten zu empfangen. Christian Ortner schlug vor, auch die Bahnstrecke eventuell schon in der Slowakei zu bekämpfen und versuchen zu verhindern. Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs appellierte, den Widerstand nicht parteipolitisch motiviert zu führen, weil es unverzichtbar wichtig ist, aktuell Bündnispartner einzubinden. So soll das Angebot des Landeshauptmannes unbedingt angenommen und damit die Landespolitik mit den benötigten Sachverständigen eingebunden werden. Strategisch wird wichtig sein, eine zweite Strömung

über eine überparteiliche Bürgerinitiative zur Unterstützung einrichten. Nach der Anfrage von Dr. Christa Wendelin hinsichtlich der Dauer bis zur Rechtswirksamkeit der Verordnung des Natura 2000-Gebietes“ lud der Bürgermeister die Gemeinderatsmitglieder ein, ihre Fragen an OAR Otto Lippert zu schicken, damit sie eventuell im Zuge der folgenden Besprechungen geklärt werden können.

Danach unterbrach der Bürgermeister die Beratungen für die Zeit zwischen 20.35 und 20.50 Uhr für eine Pause.

5.) HAUSGÄRTEN PARZELLIERUNG (Audio 01:28:00-01:44:00)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtete über die Einigung der betroffenen Eigentümer zur Neuparzellierung des „Aufschließungsgebietes Wohngebiet AW“ im Bereich Wiesengrund/Hausgärten. Die Gemeinde Parndorf soll zu diesem Vorhaben Stellung nehmen. Die Erweiterung der Infrastruktur hat auf Kosten der Bauplatzbesitzer zu erfolgen, was mit entsprechenden Verträgen abgesichert werden muss. Angekündigt wurde die Verordnung von Bebauungsvorschriften, die nur eingeschossigen Wohnbau zulässt und Blockbauten ausschließt. Die Verkehrswege sollen unentgeltlich ins Öffentliche Gut übernommen werden. Nach den gleich lautenden Anträgen von Heinz-Peter Neuner und Erwin Lippert fasste der Gemeinderat einstimmig nachstehenden

B e s c h l u ß:

Der auf Grundlage der Vermessungsurkunde der Senftner Vermessung ZT GmbH vom 27.09.2017, GZ7209, zwecks grundbücherlicher Durchführung dieser Vermessungsurkunde zu errichtende Parzellierungsvertrag von Notar Mag. Thomas Holler aus 7100 Neusiedl am See, 380/17E, mit den darin enthaltenen Tauschvorgängen, unentgeltlichen Abtretungen und so weiter, ausdrücklich im öffentlichen Interesse liegt und der besseren Gestaltung von Bauland dient. Der gegenständliche Entwurf des Parzellierungsvertrages ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses und dem Protokoll in Kopie beigelegt.

6.) WINDPARKS Verträge

a) ÖKOWIND Erneuerbare EnergieerzeugungsGmbH, Neuhof III (Audio 01:44:00-01:49:30)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtete, dass ÖKOWIND Erneuerbare EnergieerzeugungsGmbH als Erweiterung des bestehenden Windparks „NEUHOF III“ eine zusätzliche Windkraftanlage mit einer Nabenhöhe von etwa 140 und einem Rotordurchmesser von etwa 110 Metern plant. ÖKOWIND hat dafür eine Einmalzahlung von € 160.000,-- und 2% vom Jahresbruttoertrag, das wären wahrscheinlich € 11.200,-- jährlich für die Bestandsdauer der Windkraftanlage angeboten. Ing. Wolfgang Daniel ergänzte, dass die vom Gemeinderat eingesetzte Arbeitsgruppe in den geführten Verhandlungen eine Einmalzahlung von netto € 240.000,-- bei einem Fördertarif über 8 €-Cent/kWh, beziehungsweise netto € 200.000,-- bei einem Fördertarif unter 8 €-Cent/kWh für eine 25-jährige Bestandsdauer erreicht hätte. Der Anspruch auf dieses Entgelt entsteht zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Windkraftanlage und ist 14 Tage danach fällig. Außerdem ist das Entgelt nach dem Verbraucherpreisindex 2015 wertgesichert. Nach eingehenden Beratungen beschloss der Gemeinderat über die gleich lautenden Anträge von Ing. Wolfgang Daniel, Dr. Christa Wendelin, Michaela Strantz, Michael Koss und Franz-Peter Bresich einstimmig von Franz-Peter Bresich Christian Ortner, Dr. Christa Wendelin, Michaela Strantz, und Michael Koss einstimmig das von der Arbeitsgruppe ausgehandelte Ergebnis in der vorher beschriebenen Form. Die gegenständliche „Vereinbarung und Servitutsvertrag“ bildet einen wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses und ist dem Protokoll in Kopie beigelegt.

b) ENERGIE BURGENLAND Windkraft GmbH, Repowering Heidehof (Audio 01:49:30-02:47:00).

Ing. Wolfgang Daniel berichtete, dass die vom Gemeinderat eingesetzte Arbeitsgruppe nach den von der Energie Burgenland Windkraft GmbH beantragten Änderungen des Repoweringprojektes des Windparks „Parndorf-Heidhof“ auch die Anpassung der gegenständlichen Grundsatz- und Zusatzvereinbarung vom 15. Juli 2015 ausgehandelt hat. Nach weiteren Erläuterungen beschloss der Gemeinderat nach den gleich lautenden Anträgen von Ing. Wolfgang Daniel, Michael Koss, Ing. Stefan Pfaller, Dr. Christa Wendelin und Michaela Strantz einstimmig die Grundsatzvereinbarung zur Neuorganisation des Windparks „Parndorf Heidhof“ in der Form, dass 23 der bestehenden 25 Windenergieanlagen demontiert und durch einen neuen Windpark mit einer maximalen Gesamtleistung von 90 MW ersetzt wird. Die gegenständliche Grundsatzvereinbarung ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Berichts und wird diesem Protokoll als Kopie beigelegt.

Im Anschluss beschloss der Gemeinderat nach den gleich lautenden Anträgen von Ing. Wolfgang Daniel, Michael Koss, Ing. Stefan Pfaller, Dr. Christa Wendelin und Michaela Strantz einstimmig die Zusatzvereinbarung, die auf Basis der aktualisierten Grundsatzvereinbarung zur Neuorganisation des Windparks „Parndorf Heidhof“ ausgehandelte Zusatzvereinbarung, in der sich Energie Burgenland Windkraft GmbH verpflichtet, nachstehende Nettobeträge unter der Bedingung an die Gemeinde Parndorf zu zahlen, dass im Rahmen dieses Projektes Windkraftanlagen genehmigt und errichtet werden können.

Anlagenhöhe	Leistung	Betrag € p.a.
bis zu 150	bis zu 2,3	12.000
bis zu 207	2,3 – 3,05	15.000
bis zu 235	3,06 – 4	23.500
bis zu 235	4,1 – 4,5	26.112
bis zu 235	4,6 – 5	28.382
bis zu 235	5,1 – 6	31.220
bis zu 235	6,1 – 7,6	34.625

Diese Beträge gelten je Standort und vollem Betriebsjahr der Windkraftanlagen. Die gegenständliche Zusatzvereinbarung ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Berichts und wird diesem Protokoll als Kopie beigelegt.

7.) B-SÜD Gemeinnützige WohnungsgesmbH, Ankauf Grundstück Nr. 1785/588 Kaufvertrag (Audio 01:53:00-01:56:00)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtete, dass die „B-SÜD Gemeinnützige WohnungsgmbH“ den Kaufvertrag für die Übernahme des Grundstückes Nr. 1785/588 vorgelegt hat. Der vereinbarte Kaufpreis von € 40.068,-- wird binnen zwei Wochen ab Unterfertigung fällig und beim Treuhänder Dr. Paul Fister, 1100 Wien, Favoritenstraße 81, hinterlegt. Die Auszahlung erfolgt nach grundbücherlicher Durchführung des Vertrages. Nach kurzer Beratung beschloss der Gemeinderat nach den gleich lautenden Anträgen von Gabriele Arndt, Dr. Christa Wendelin, Michaela Strantz und Norbert Samwald einstimmig den Kaufvertrag, der einen wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses darstellt und dem Protokoll als Kopie beigelegt wird.

8.) INITIATIVE gegen den Ausbau und Förderung von Atomkraftwerken (Audio 01:56:00-02:08:00)

Johann Rechberger berichtete über den von der SPÖ Parndorf eingebrachten Antrag, der sich grundsätzlich gegen die Förderungen nach dem EURATOM-Vertrag und im Speziellen gegen die Laufzeitverlängerung für die Ausbaupläne beim ungarischen Atomkraftwerk Paks sowie gegen die geplante Erweiterung des tschechischen Atomkraftwerks Dukovany. Nach eingehender Debatte fasste der Gemeinderat nachstehenden einstimmigen

B e s c h l u ß:

Der Parndorfer Gemeinderat fordert die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich auf Europäischer Ebene für folgende energie- und umweltpolitischen Ziele einzusetzen:

- Für einen europaweiten Ausbaustopp von Atomkraftwerken, einen verbindlichen Plan zum europaweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kernkraft und die Forcierung nachhaltiger Formen der Energiegewinnung;
- Gegen die Verwendung von EU-Geldern für Laufzeitverlängerungen von Atomanlagen oder zur sonstigen Unterstützung der Kernenergie;
- Für einen einseitig oder in Abstimmung mit anderen Mitgliedstaaten zu vollziehenden Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag und Investition der frei werdenden Mittel in die Förderung ökologisch unbedenklicher Formen der Energiegewinnung.

9.) KOMMUNALES INVESTITIONSPROGRAMM, Förderantrag Altstoffsammelstelle „Am Sportplatz“ (Audio 02:08:00-02:17:00)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtete, dass dieses Projekt zunächst von der Förderstelle mit der Begründung abgelehnt worden ist, weil die Errichtung von Parkplätzen grundsätzlich nicht förderfähig ist.

Eine Förderungsmöglichkeit dafür gibt es jedoch, wenn Parkplätze im Zusammenhang mit der Errichtung oder Sanierung einer Sportanlage gebaut werden. Otto Lippert hat in der Zwischenzeit eine detaillierte Darstellung des Projektes an die Förderstelle geschickt, woraus hervorgeht, dass die Parkplätze als Ersatz für die nach dem Ausbau des Fußballnachwuchszentrums entfallenen Parkflächen gemacht werden müssen. Eine Antwort der Förderstelle ist noch nicht eingelangt. Sollte der letzten Begründung gefolgt werden, besteht kein Handlungsbedarf für die Gemeinde Parndorf mehr. Sollte die Ablehnung trotzdem aufrechterhalten werden, kann die Gemeinde den Antrag so abändern, dass nur noch die Investition für die Umlegung der Altstoffsammelstelle als Projekt vorgelegt wird. Der Gemeinderat nahm den Bericht und die vorgeschlagene Vorgehensweise einstimmig zur Kenntnis.

Die nächsten Tagesordnungspunkte wurden nicht öffentlich behandelt.

14.) Allfälliges

- a)** (Audio 02:29:00-02:29:30) Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs kündigte an, dass die nächste Gemeinderatssitzung voraussichtlich am 24.05.2018 stattfinden wird.
- b)** (Audio 02:29:30-02:30:30) Auf eine Anfrage von Norbert Samwald berichtete der Bürgermeister, dass Lukas Pfandler den Posten des Saisonarbeiters nicht angetreten hat, weil er eine Vollbeschäftigung gefunden hat. Der dadurch freie Posten wird vorerst nicht nachbesetzt.
- c)** (Audio 02:30:30-02:31:30) Yakup Atalay hat angekündigt, dass die Union Islamischer Kulturzentren auch am Wochenende vom 20. bis 22.04.2018 „Tag der offenen Tür“ abhält und die Gemeinderatsmitglieder dazu eingeladen.
- d)** (Audio 02:33:30-02:34:30) Dr. Christa Wendelin kritisierte, dass die Abfallkörbe in manchen Gebieten zu eng aufgehängt wurden, während in anderen Bereichen viele Lücken sind. Sie wurde eingeladen, ihre Verbesserungsvorschläge direkt an Paul Czerwenka als zuständiges Gemeindevorstandsmitglied zu schicken.
- e)** (Audio 02:34:30-02:36:00) Dr. Christa Wendelin berichtete, dass sie sich für die Ausbildung einer Mobilitätsbeauftragten angemeldet hat.
- f)** (Audio 02:36:00-02:37:00) Dr. Christa Wendelin kritisierte, dass die Protokolle über die Gemeinderatssitzungen erst nach langer Zeit auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht werden. Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs begründete das damit, dass die Protokolle erst nach Beglaubigung durch den Gemeinderat veröffentlicht werden können, weil bis dahin noch Änderungen möglich sind. Oft ist es auch der Fall, dass Beglaubiger in der Sitzung fehlen, wo das Protokoll behandelt wird und somit deren Unterschrift fehlt, was die Veröffentlichung natürlich wieder verzögert, bis alles vollständig ist.
- g)** (Audio 02:37:00-02:40:25) Auf eine Anfrage von Franz Peter Bresich kündigte Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs an, dass die von der ÖVP beantragte Resolution zur Gesundheitsversorgung im Bezirk Neusiedl am See in der nächsten Gemeinderatssitzung auf der Tagesordnung sein wird.
- h)** (Audio 02:40:25) OAR Otto Lippert berichtete, dass bei den von der BIG für das Jugendzentrum gemieteten Räumen vermehrt starke Mängel an der Bausubstanz wie Heizanlage, Elektroinstallationen, Fenster und Einiges mehr auftreten. Michael Boschner erklärte dazu, dass der gegenständliche Mietvertrag bereits wegen der Zuständigkeit und Kostentragung der Mängelbehebungen überprüft wird. Danach werden die Sanierungsarbeiten umgehend in Auftrag gegeben.

Danach war die Tagesordnung erschöpft und nichts mehr wurde vorgebracht.

Der vorsitzende Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs dankte allen Erschienenen für ihre rege Mitarbeit und schloss die Sitzung.

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Der Schriftführer:

Die Mitglieder des Gemeinderates:

Der vorsitzende Bürgermeister:

